

Es gibt Spielraum für Schaffhausen

- 08.06.2021
- [shn.ch](https://www.shn.ch) / Schaffhauser Nachrichten Online

«Wir sind auch ganz schön stolz auf Olaf», liess die SPD-Parteiführung unter Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans am letzten Samstag auf Twitter verlauten. Ihr Kanzlerkandidat, Olaf Scholz, sowie die anderen Finanzminister der sieben grössten Wirtschaftsnationen haben sich auf eine weltweite Mindeststeuer von 15 Prozent auf Gewinne von grossen internationalen Unternehmen mit mehr als 750 Millionen Euro verständigt. Damit wollen sie dem Steuerdumping einen Riegel schieben. Scholz selbst twitterte: «Das ist eine sehr gute Nachricht für die Steuergerechtigkeit und die Solidarität, und eine schlechte Nachricht für Steueroasen in aller Welt.» Konzerne wie Google oder Facebook wären nicht mehr in der Lage, sich ihrer Steuerpflicht zu entziehen, indem sie ihre Gewinne geschickt in Länder mit tiefen Steuersätzen verschöben.

Diese Euphorie teilt Christoph Schaltegger, Professor für politische Ökonomie an den Universitäten Luzern und St. Gallen, nicht. Gegenüber dem Schweizer Radio und Fernsehen sagte er: «Die G7-Staaten, die grossen Staaten, haben eine Interessengemeinschaft.» Für sie sei es eine gute Nachricht, da sie in der Regel einen relativ hohen Gewinnsteuersatz hätten. Weniger rosig sehe es für kleine Länder wie die Schweiz aus – «die in der Regel etwas tiefere Gewinnsteuersätze haben».

Kantone, die sich wettbewerbsfähig gemacht und Steuersätze reduziert hätten, kämen unter Druck und müssten ihre Steuern erhöhen. Die Kantone Schaffhausen und Thurgau haben ihre Gewinnsteuersätze auf unter 15 Prozent gesenkt. Angesichts dessen stellt sich die Frage: Was sagen die Schaffhauser Bundesparlamentarier zum G7-Entschluss? «Mehr Steuergerechtigkeit» Nicht glücklich über den G7-Entscheid ist Ständerat Hannes Germann (SVP). Aber die Schweiz müsse ihn zur Kenntnis nehmen. Dies, nachdem es in der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, schon lange Bestrebungen in diese Richtung gegeben habe.

SVP-Nationalrat Thomas Hurter sagt: «Es geht um Machtpolitik, doch mit Machtpolitik sollte man nicht Standortpolitik betreiben.» Seine Ratskollegin, SP-Politikerin Martina Munz, begrüsst den G7-Beschluss. Es gehe nicht an, dass sich Grosskonzerne zulasten der Ärmsten dieser Welt bereicherten – «und wir alle auch noch davon profitieren». Besonders erfreut zeigt sich Munz, dass auch die USA unter Präsident Joe Biden mitziehen. «Am Ende stehen sie als Flüchtlinge vor unseren Türen.

» Martina Munz, SP-Nationalrätin aus dem Kanton Schaffhausen Positives kann auch Germann der Mindeststeuer abgewinnen: «Sie würde zumindest für mehr Steuergerechtigkeit sorgen.» Konzerne wie Google und Facebook könnten sich heute praktisch jeder Unternehmenssteuer entziehen, indem sie nach Steueroasen wie Irland, den US-Bundesstaat Delaware oder extraterritoriale Gebiete auswichen. Das sei sehr störend. Indes seien 15 Prozent zu hoch. «10 Prozent wären als Minimum angemessen.

Das würde auch den Kantonen besser entgegenkommen. Nun aber haben sie Handlungsbedarf.» Zwar liege der Unternehmenssteuersatz im Kanton Schaffhausen zurzeit unter 15 Prozent, räumt Munz ein. «Doch wir unterliegen einer falschen Wahrnehmung: Auch 15 Prozent sind sehr tief.» Für Schlimmer als die Mindestbesteuerung am Unternehmenssitz hält Germann die Besteuerung in den Absatzmärkten, welche nun auch von den G7 und nicht mehr nur von der OECD vorangetrieben würde.

«Diese Besteuerung nach Umsatz wirkt wie eine zusätzliche Mehrwertsteuer. Am Ende bezahlen die Konsumenten, was unfair ist. Das hat nichts mit Steuergerechtigkeit zu tun.» Dagegen müsse sich die Schweiz wehren. Martina Munz hält dagegen fest: «Konzerne überbürden den Konsumentinnen und Konsumenten immer ihre Steuerlast.

» Die Besteuerung in den Absatzmärkten werde den Menschen im globalen Süden nicht gerecht. Kampf um Steuereinnahmen Für Thomas Hurter, Schaffhauser SVP-Nationalrat zeigt der G7-Beschluss, dass ein Kampf um Steuereinnahmen läuft. Gerade die grossen Staaten liessen nichts unversucht, damit sie profitieren. «Die USA beispielsweise treiben dieses Machtspiel an, obwohl sie sich selbst nicht an fairen Steuerwettbewerb halten.» Wie Germann spricht auch Hurter den US-Bundesstaat Delaware an.

Dort haben sich zahlreiche Grossunternehmen niedergelassen. Manches ist steuerfrei: Erträge aus Patenten, Markenrechten oder anderen Immaterialgüter etwa. «Bestimmt sollten wir jetzt nicht überschliessen, sondern zuerst einmal beobachten, wie sich die Lage entwickelt.» Hannes Germann, SVP-Ständerat aus dem Kanton Schaffhausen «Die Unternehmen sollen ihre Steuern dort bezahlen, wo sie ihren Gewinn erwirtschaften», hält Munz fest. «Das Verlagern von Gewinnen innerhalb grosser Konzerne führt uns langfristig in massive soziale Probleme.

» Im Norden könnten Gewinne für ein Butterbrot versteuert werden, während der globale Süden ausgebeutet werde. Diesen Ländern fehlten dann die Mittel für ihr Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen sowie ihre Infrastruktur, wodurch sich die Not der Menschen zementiere. «Am Ende stehen sie als Flüchtlinge vor unseren Türen. Das ist nicht nachhaltig und keine Basis für nachhaltigen Wohlstand, an dem alle Menschen teilhaben können.» Wie weiter? Noch ist unklar, wie die Mindeststeuer konkret ausgestaltet wird.

Eines aber sei sicher, sagt Hurter: «Wir – die Schweiz und besonders der Kanton Schaffhausen – sind korrekt unterwegs und halten uns im Gegensatz zu anderen Ländern an die Regeln eines fairen Steuerwettbewerbs.» Gerade mit der Steuer-AHV-Reform (Staf) habe man die OECD-Vorgaben mustergültig umgesetzt. Das Schweizer Steuersystem unterscheide sich von anderen. «Zum Beispiel habe wir sehr hohe Umwelt- und Energieabgaben, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, Benzinzölle et cetera, die ebenfalls an den Mindestsatz angerechnet werden sollten.» Das solle die Schweiz gegenüber den G7 aufzeigen.

Dann bestehe eine Chance auf eine gute Lösung. «Mit der Mindestbesteuerung wird sich die Schweiz arrangieren können», sagt Germann. «Wir könnten Steuerabzüge zulassen, ähnlich wie wir das bei der Steuer-AHV-Reform 2019 eingeführt haben.» Mit der Staf wurden etwa zusätzliche Steuerabzüge für Forschung und Entwicklung möglich, womit der Bundesrat die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft stärken wollte. Im Weiteren könnte die kantonale Wirtschaftsförderung den Unternehmen ausgleichende Vorteile zur Verfügung stellen.

«Es gibt genügend Spielraum, um die Standortattraktivität zu erhalten. Der Standortwettbewerb liefe dann nicht mehr primär über die Steuern, sondern vermehrt über andere Standortfaktoren.» Solche führt Martina Munz ebenfalls ins Feld. «Wir haben beispielsweise gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine hohe Lebensqualität.» Die Frage stellt sich, ob eine weitere Unternehmenssteuerreform auf die Schweiz zukommt, nachdem die Unternehmenssteuerreform III gescheitert und erst 2019 der Kompromiss aus Steuer- und AHV-Reform eine Mehrheit aus Bürgerlichen und Sozialdemokraten überzeugen konnte.

Germann wagt keine Prognose. Es sei schwierig zu sagen. «Bestimmt sollten wir jetzt nicht überschliessen, sondern zuerst einmal beobachten, wie sich die Lage entwickelt.» Als Kleinstaat müsste die Schweiz eine Lösung finden, die international kompatibel und für den Wirtschaftsstandort hinnehmbar sei. Jedenfalls dürften Schweizer Unternehmen keine Nachteile erleiden.

Die Schweiz werde die nötigen Massnahmen ergreifen, um weiterhin «ein hoch attraktiver Wirtschaftsstandort zu sein», teilt Tina Laubscher, Mediensprecherin des eidgenössischen Finanzdepartements mit. Dabei gehe es nicht nur um Steuern, sondern um das «Gesamtpaket der wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen.» Vorerst sollen die G20, eine umfassender Gruppe führender Wirtschaftsnationen, für die Mindeststeuer gewonnen werden. Am Wochenende einigten sich die Finanzminister der sieben grössten Wirtschaftsnationen auf eine

globale Mindeststeuer für grosse Konzerne. Da sie höher liegt als in Schaffhausen und anderen Kantonen, könnten die Unternehmenssteuern wieder steigen.